

1.8.77.06.2.1.

NATIONALRAT

VERTRAULICH
CONFIDENTIEL

KOMMISSION FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

T O U R D ' H O R I Z O N

(Sitzung vom 30. und 31. August 1977)

(Lage am 24. August 1977)

VERTRAULICH
CONFIDENTIEL

T O U R D ' H O R I Z O NEUROKOMMUNISMUS

Der Ausdruck "Eurokommunismus" ist ein Neologismus, der einige Mühe hatte, sich durchzusetzen, da er selbst bei denjenigen umstritten war, die jene Politik betreiben, auf die sich der Ausdruck bezieht. Den entscheidenden Schritt wagte Santiago Carrillo im letzten Frühling mit der Veröffentlichung seines Buches "Eurokommunismus und Staat". Unvermittelt sah sich der Autor in eine Polemik mit einem sowjetischen offiziellen Presseorgan, der Wochenzeitschrift "Neue Zeit", verstrickt, das die Publikation dieses Buches zum Anlass nahm, um andere, namentlich nicht genannte Anhänger des "Eurokommunismus" zu kritisieren, denen Moskau ohne Zweifel grössere Bedeutung zumisst.

Die Wahl des mit dem Angriff betrauten Organs wie auch ein gewisses Zögern, die logischen Konsequenzen aus dem Carrillo vorgehaltenen Sachverhalt zu ziehen, zeigen das Dilemma, in welches der "Eurokommunismus" den Krenl versetzt hat, aber auch dessen Hoffnungen und Befürchtungen für die Zukunft; die differenzierte Reaktion seitens der "Eurokommunisten" auf die Polemik unterstreicht die zentrale Bedeutung der Beziehungen zur KPdSU für jede kommunistische Partei, wie "eurokommunistisch" sie auch sein mag.

Seit Anbeginn der kommunistischen Weltbewegung, d.h. seit der Gründung der III. Internationalen und bis 1943 waren diese Beziehungen bestimmt durch das entscheidende Gewicht der KPdSU im streng zentralisierten Apparat der III. Internationalen (Art. 8 der Statuten) und die Zulassungsbedingungen für die nationalen

"Sektionen", die einer vollständigen "Bolschewisierung" gleichkamen. Stalin konnte ohne Uebertreibung sagen, dass der Prüfstein der Orthodoxie einer kommunistischen Partei deren vorbehaltlose Unterstützung der UdSSR als "erster proletarischer Staat" sei. Wenn es auch auf dem Papier anerkannt war, dass die Politik einer jeden Partei mit Rücksicht auf die im jeweiligen Land herrschenden spezifischen Verhältnisse festgelegt werden sollte, so wurde dieselbe in der Praxis eben doch nach einem starren Schema durch das in Moskau sitzende Exekutivkomitee diktiert. Die Rückschläge, ja selbst die Katastrophen, die diese Methoden verursachten, entmutigten die Strategen der Weltrevolution überhaupt nicht. Die III. Internationale führte nicht eine einzige kommunistische Partei zum Sieg. Gleichzeitig wurde das sowjetische Modell, das anfänglich mit einer gewissen Vorsicht zur Nachahmung empfohlen wurde (zum Beispiel in "Linksradikalismus, Kinderkrankheit des Kommunismus" von Lenin, im Frühling 1920), zum leuchtenden Vorbild erhoben, dem es bis in die winzigsten Details zu folgen galt.

Die während des Zweiten Weltkrieges durch einsamen Entscheid Stalins - der sich damit die Gewogenheit der westlichen Alliierten verschaffen und die Stellung der sich auf der Suche nach Verbündeten im Untergrundkampf befindlichen kommunistischen Parteien verbessern wollte - verfügte Auflösung der III. Internationalen leitete eine kurze Periode ein, während der das sowjetische Beispiel "relativiert" wurde zugunsten eines neuen Gebildes: der "Volksdemokratie". Die "Diktatur des Proletariats", Kernstück der leninschen Theorie von "Staat und Revolution", wurde unter gewissen Umständen als überholt erklärt. Zu beachten ist (was selbstverständlich erscheint, heute aber von einem gewissen Interesse ist), dass diese vor allem von Führern der osteuropäischen kommunistischen Parteien entwickelte Position die Unterstützung der UdSSR genoss.

Diese erhoffte sich, so darf man annehmen, von dieser Anpassungsfähigkeit eine reibungslosere Umwandlung der in ihrer Einflusszone gelegenen Länder in sozialistische Republiken. Jugosla-

wien und Albanien, die ersten "Volksrepubliken", hatten seit ihrer Entstehung das sowjetische Modell übernommen. Die übrigen folgten mehr oder weniger rasch diesem Beispiel. In den westeuropäischen Staaten erlaubte dieser mit der strikten Orthodoxie eingegangene Kompromiss den in den Regierungen sitzenden kommunistischen Parteien, den Wiederaufbau zu unterstützen und gleichzeitig die sowjetische Aussenpolitik zu stärken. Die Theorie der "Volksdemokratie" war somit Teil einer Strategie, die darauf abzielte, Osteuropa dem im Entstehen begriffenen "sozialistischen System" einzuverleiben und gleichzeitig Westeuropa zur Verfolgung einer mit den sowjetischen Ansichten übereinstimmenden Aussenpolitik zu bringen.

Die Schwierigkeiten, die bezüglich der deutschen Frage auftauchten, und die sich daraus ergebenden zunehmenden Spannungen mit den Vereinigten Staaten, schliesslich die Ausschaltung der kommunistischen Zionisten aus der französischen und der italienischen Regierung, veranlassten die UdSSR, auf die harte Linie zurückzuschwenken. Während das sowjetische Modell überstürzt ganz Osteuropa auferlegt wurde, wurden die westlichen kommunistischen Parteien angeklagt, die Gelegenheit zur Machtergreifung verpasst zu haben. Eine neue jetzt auf neun Parteien reduzierte Organisation, die Kominform, übernahm die Leitung der ideologischen Gleichschaltung und, im besonderen, die Mobilisierung der westlichen kommunistischen Parteien im Kampf gegen die Zusammenarbeitsbestrebungen der Staaten Westeuropas, an denen sich Moskau stiess.

Diese Periode des kalten Krieges kannte zweifellos die stärkste Abhängigkeit der westlichen kommunistischen Parteien von der Linie Moskaus und dem sowjetischen Modell als der Vorausnahme der zukünftigen Gesellschaft. Sie fiel zusammen mit der vollständigen Isolierung der kommunistischen Parteien (trotz dem Bündnis mit der sozialistischen Partei der proletarischen Einheit im Falle Italiens), ja selbst ihrer Neutralisierung auf politischem Gebiet.

Sie war auch Zeuge des ersten Versuches, einen "nationalen Weg zum Sozialismus" zu verfolgen, das jugoslawische Experiment, das eine tiefe Erschütterung der kommunistischen Weltbewegung ausgelöst hat.

Der "Eurokommunismus" ist nichts anderes als das Ergebnis stetigen Bemühens, um aus dieser Sackgasse herauszukommen. Es war von Anfang an die kommunistische Partei Italiens, die mit dem Beispiel voranging, indem sie die durch die "Entstalinisierung" ausgelöste Ungewissheit ausnutzte. Togliatti spielte dabei eine Pionierrolle indem er den unantastbaren Charakter des sowjetischen Modelles in Frage stellte. Die internationale Lage, die zwar unbeständig war, aber im Ganzen doch eine Tendenz zu einer allmählichen Verbesserung der ost-westlichen Beziehungen zeigte, der chinesisch-sowjetische Konflikt, der die KPdSU in die ungewöhnliche Rolle des Bittstellers gegenüber den kommunistischen Parteien versetzte, die Differenzierungen in den Entwicklungen der Satelliten Moskaus, dies alles gab den kommunistischen Parteien einen zunehmend grösser werdenden Spielraum. Andererseits machte die Entstalinisierung, wenn auch durch den Sturz Chruschtschows gebremst, eine vollständige Angleichung der Parteistandpunkte an diejenigen des "Vaterlandes des Sozialismus" weniger unerlässlich.

In solch einem Klima war es nur normal, dass sich die "Eurokommunisten" in bunter Mannigfaltigkeit entwickelten. Trotz der Uebereinstimmung der Gedankengänge, des Zusammentreffens der Interessen unter gewissen Umständen, wie etwa der Konferenz der europäischen kommunistischen Parteien in Ost-Berlin und der gelegentlichen Versuche, sich auf gemeinsame Texte zu verständigen, verhindern die nationalen Eigenarten, die als Hauptrechtfertigungsgrund der eurokommunistischen Standpunkte dienen, eine vollständige Gleichschaltung der Positionen. Dies nicht zuletzt auch im Bestreben, den Vorwurf des "Fraktionismus" zu vermeiden, einen Vorwurf, den Moskau nur allzugern erhoben hätte.

Es ist daher notwendig, die verschiedenen Fälle von "Eurokommunismus" getrennt zu betrachten, beginnend mit dem bedeutsamsten, demjenigen der kommunistischen Partei Italiens.

Durch eine Ironie der Geschichte befand sich ausgerechnet Togliatti, einer der bedeutsamsten Führer der III. Internationalen, am Ausgangspunkt der Emanzipation seiner Partei. In seinem "Testament" (1964) verteidigte er Thesen (nationaler Weg zum Sozialismus, Polyzentrismus, demokratische Beteiligung an der Politik), die bereits sehr nah an Berlinguers "Pluralismus" herankommen. Der Kontext war indessen nicht der der politischen und später wirtschaftlichen Schwierigkeiten der westlichen Demokratien in den letzten zehn Jahren, sondern der einer Identitätskrise der kommunistischen Bewegung im Gefolge der Entstalinisierung und des Versuchs, den "Kapitalismus zu überholen". Ausflüsse dieser Krise waren insbesondere auch die chinesische "Kulturrevolution" und der "Prager Frühling".

In Italien hat die Partei, die seit der 1962 erfolgten "Oeffnung nach links" der Christdemokraten eine blosse Statistenrolle spielte, im Verlaufe der bewegten Jahre, die das Auftauchen sozialer Agitation und Terroraktivitäten aller Art gesehen haben, zunehmend an politischer Bedeutung gewonnen.

Basierend auf einer Weiterentwicklung der Ideen Togliattis und der Analysen Antonio Gramscis über den "historischen Block", von denen er den Gedanken übernahm, dass die Christdemokraten in einem gewissen Masse eine Volkspartei seien, propagierte Berlinguer seit 1972 eine politische Konvergenz des Kommunismus, des Sozialismus und des Katholizismus. Er bediente sich anschliessend der Ereignisse in Chile um darzulegen, dass eine "erneuerte" Regierung sich auf eine breite Mehrheit der Volkskräfte stützen müsse und nicht bloss auf 51% der Wähler. Das bedeutete die Verwerfung der "Volksfront" und den Ruf nach einer Allianz mit der christlichen Demokratie, die man fortan als "historischen Kompromiss" bezeichnete.

Aufgrund der Schwächung der Christdemokraten war die Aussicht auf eine solche Allianz nicht bloss theoretisch. Sie hatte also eine politische Konzeption zur Voraussetzung, die dem "Kompromiss" vor allem auf dem Gebiete der Aussenpolitik einen ernsthaften Gehalt verlieh. Die KPI, die schon mit Bezug auf den gemeinsamen Markt eine flexible Haltung zeigte, verzichtete also auf die Forderung nach einem Austritt Italiens aus der Atlantischen Allianz als Voraussetzung einer Beteiligung an der Regierung.

Nach dem Rückschlag in den Wahlen von 1975 und der Finanzkrise von 1976 musste eine geschwächte, ja demoralisierte DC sich angesichts der steigenden Wahlerfolge der KPI dazu entschliessen, die ersten Schritte in der von Berlinguer gewollten Richtung zu gehen. Zuerst wurden wir nun Zeugen jener Etappe der "wohlwollenden Stimmenthaltung". Ihr waren Verhandlungen vorausgegangen, in denen die Kommunisten bereits das Gewicht ihres Willens hatten spüren lassen. Die Regierung Andreotti zog das Maximum aus dem kleinen Bewegungsspielraum, den ihr dieses wackelige Arrangement noch liess. Man konnte während dieser Periode sogar eine Schwächung der KPI feststellen.

Dieses Frühjahr musste Andreotti feststellen, dass eine wirksame Wirtschaftspolitik ohne Zustimmung der andern Parteien, besonders aber der KPI, nicht mehr möglich war. Die kürzlich geschlossene "Programmvereinbarung" setzte diese Einsicht in die Tat um. Allerdings ist zu unterstreichen, dass die Programmvereinbarung nicht ganz dem "historischen Kompromiss" entspricht, da alle Parteien des "Verfassungsbogens" (alle ohne den MSI) daran teilnehmen, und dass im Kalkül Andreottis die Angst der kleinen Parteien vor einer sie zur Ohnmächtigkeit verdammenden direkten Vereinbarung DC - KPI eine wesentliche Rolle spielt.

Hier muss man sich einige Fragen über die Absichten Berlinguers stellen. Die Wirtschaftslage Italiens hat sich im Vergleich zu 1976 verbessert, doch die Zukunft bleibt schwierig. Eine Teilnahme an der Regierung würde eine Sparpolitik zur Folge haben, begleitet zum Teil von den von der KPI angeregten "Strukturreformen". Diese Politik würde die Partei zweifellos Wählerstimmen kosten. Die andere mögliche Folge der Regierungsbeteiligung wäre eine überstürzte Umgestaltung der italienischen Wirtschaft im kommunistischen Sinne. Berlinguer stellt dieser Lösung aber das chilenische Experiment entgegen. Entsprechend dieser Analyse hätte die KPI ein Interesse, ausserhalb der Regierung zu bleiben, im gleichzeitigen Bestreben, ihre Basis in den Regionen und Gemeinden zu verstärken. Wichtiger ist die Frage, zu wissen, wie Berlinguer, eine sogar im Vergleich mit den kommunistischen Führern aussergewöhnlich verschwiegene Persönlichkeit, die Zukunft der Partei sieht. Beim Studium gewisser seiner Ausführungen fragt man sich manchmal, ob er nicht der Meinung sei, dass die KPI die bei aller Toleranz in ihren internen Diskussionen streng gegen den "Fraktionismus" ankämpft, ihre Entwicklung vorerst in demokratischem Sinne weitertreiben müsse, wenn sie in einem zukünftigen italienischen politischen System völlig integriert werden sollte. Dieses System wäre vielleicht ein anderes als das gegenwärtige, aber doch gekennzeichnet durch jene Offenheit und jenen Pluralismus, die einem Land alter westlicher Zivilisation wohl anstehen.

Der "Eurokommunismus" der französischen kommunistischen Partei (KPF) hat eine viel kürzere Geschichte, und es ist bezeichnend, dass er dem Einbezug der Partei in das politische Spiel der Nation gefolgt und nicht vorausgegangen ist. Dieser neuerliche Einbezug einer Partei, die weder auf ihre Grundzüge noch auf ihre Aussichten der Stalin-Aera verzichtet hatte, war die Folge der von General de Gaulle mit Hilfe eines immer strengeren Mehrheitswahlrechts systematisch betriebenen Politik der Beseitigung aller politischer Gruppen zwischen Gaullisten und Kommunisten. Die sozialistische Partei (SFIO), die sich damals in einer tiefen moralischen

und politischen Krise befand, sah sich so gezwungen, bei den Wahlen von 1967 ein beschränktes Wahlbündnis mit der KPF einzugehen. Dieses Bündnis zeitigte einen beachtlichen Erfolg, dem wegen der Auflösung der Nationalversammlung im Jahre 1968 und dem darauffolgenden überwältigenden Sieg der Konservativen aber nur eine kurze Dauer beschieden war.

Solange General de Gaulle an der Macht blieb, waren die Chancen einer Aenderung der Mehrheitsverhältnisse minim. Was die Allianz der Linksparteien betrifft, konnte sie wegen der Bedeutung der KPF und wegen ihres wirksamen Apparates nur von Dauer sein, wenn die sozialistische Partei ihre Stärke wiederfand. Dies war das Ziel, auf das hin Mitterand seit 1969 arbeitete. Die Aushandlung des gemeinsamen Programms beschleunigte die Entwicklung der KPF zum "Eurokommunismus", verstärkt noch durch die Machtübernahme des von einer innerlich ungefestigten parlamentarischen Mehrheit gestützten Giscard d'Estaing. Am Parteikongress von 1976 verschwand der Begriff "Diktatur des Proletariats" aus den politischen Entschliessungen. Marchais erklärte diplomatisch, der Terminus sei fallen gelassen worden, weil das was er bezeichne auf die gegenwärtige französische Gesellschaft nicht mehr passe.

Diese Kehrtwendung in einem wichtigen Lehrpunkt seitens einer noch streng dem demokratischen Zentralismus huldigenden Partei überzeugte den französischen Wähler nicht von der wirklichen Veränderung der KPF. Immerhin bewirkte sie, dass die Verbindung der Linken gewissen Wählern der Mitte annehmbarer wurde und nebst anderem diese Wähler zur Unterstützung der sozialistischen Partei bewegte. Da die unterschiedliche Stärke der beiden Parteien (d.h. das Uebergewicht der Sozialisten) zahlreiche noch Zögernde veranlassen könnte, die Linke zu wählen, war die Operation von einem gewissen Erfolg gekrönt, wobei sie die Kommunisten etwas in Bitterkeit zurückliess.

Die Aussicht auf einen möglichen Wahlsieg der Linken im Jahre 1978 trug dazu bei, den Eurokommunismus der KPF konkreter zu definieren. Die sozialistische Partei ist heute der Meinung, dass die Linke die Regierung in einer schwierigen Wirtschaftssituation übernehmen müsste und dass die grossen Versprechungen des gemeinsamen Programms nicht gehalten werden können, jedenfalls kurzfristig, ohne die Gefahr eines katastrophalen Rückschlages heraufzubeschwören. Die Partei arbeitet deshalb mit echtem Willen zu Realismus an der Revision des Programms.

Die Haltung der Kommunisten lässt ratlos. Die KPF verlangt Festhalten an den Versprechungen des gemeinsamen Programms. Sie errechnete sogar dessen Kosten am Vorabend einer Debatte zwischen Mitterrand und Barre, die nicht zugunsten des Ersteren ausging. Heute erklärt die KPF mitten in den antinuklearen Auseinandersetzungen, an der atomaren "Force de frappe" Frankreichs festhalten zu wollen, und zwar an der einst unter der Aegide General de Gaulles von General Ailleret verfochtenen Version "tous azimuts". Damit beraubt sie die Linke eines Gefühlargumentes, dessen sie sich bis jetzt reichlich bediente.

Eine Politik, die dem Gegner solche Angriffsflächen bietet, hat kaum einen Sinn, wenn man nicht annimmt, dass Marchais am Ende doch in der Opposition zu bleiben gedenkt. Die Aussicht, in einer Linksregierung die zweite Geige spielen zu müssen, ist nicht besonders verlockend. Andererseits könnte die KPF in bezug auf die Möglichkeiten einer solchen Regierung, die Wirtschaftssituation verbessern, sehr wohl heimlich noch skeptischer sein als die Sozialisten. Wenn auch Marchais eher als Berlinguer den Typus des stalinistischen Kaderfunktionärs verkörpert, ist es doch sehr zweifelhaft, dass er bereit ist, die Alternative zu akzeptieren: Verlust der Macht in relativ kurzer Zeit oder das Abenteuer der "Volksdemokratie", vor das eine Linksregierung sich gestellt sehen könnte. Dazu kommt die Aussicht auf eine ernsthafte Verfassungskrise, da

Giscard d'Estaing auch im Falle eines Sieges der Linken bei den Parlamentswahlen im Elysée zu bleiben gedenkt.

Die Annahme der "Force de frappe" besitzt einen vielleicht noch interessanteren Aspekt: sie stellt ein vorsichtiges Signal besonders an diejenigen Gaullisten dar, die sich mit Nachdruck auf das "Erbe de Gaulles" berufen, ein Signal das die Umrisse eines "historischen Kompromisses à la française" erahnen lässt. Dieses Zeichen entspricht ganz der 1943 von Stalin gemachten Analyse von General de Gaulles als eines Nationalisten, dessen Politik die Widersprüche im Schosse des Imperialismus entfachen könne. Man darf nicht übersehen, dass die KPF in Befolgung dieser Linie völlig im Einklang mit dem Kreml steht, der über eine Wiederannäherung Frankreichs an die Nato beunruhigt ist.

Ueber Carrillo, dessen Beziehungen mit Moskau oft getrübt waren, gibt es wenig zu sagen. Er musste seine Partei in einem Land aufbauen, das in der Vergangenheit neben Erfahrungen mit anderen Greueln auch diejenigen mit der stalinschen Polizei sammelte. Die von der Sowjetunion geübte Kritik zog ihre Berechtigung aus der Wahlanalyse. Das Wahlergebnis war nicht glänzend, aber es gibt Carrillo doch eine gute Startbasis. Carrillo indessen ist weder genügend mächtig noch fügsam, als dass Moskau wirklich interessiert wäre, ihn schonend zu behandeln.

Wenn Carrillo auch offensichtlich für Moskau ein Stein des Anstosses ist (und die Unterstützung, die er seitens der KPI erhält, macht die Dinge nicht besser, ganz im Gegenteil), ist es dennoch klar, dass der "Eurokommunismus" ein Phänomen darstellt, das, aus sowjetischer Perspektive gesehen, nicht nur negative Seiten aufweist. Der Artikel in "Neue Zeit" hütet sich denn auch vor einem Frontalangriff. Zwar missfällt der Ausdruck "Eurokommunismus" dem Autor, der nur einen einzigen Kommunismus kennen will, "denjenigen von Marx, Engels und Lenin". Er anerkennt aber dennoch die legitime Sorge der Parteien in den westlichen Industriestaaten auf die

besonderen Bedingungen, unter denen sie tätig sind, Rücksicht zu nehmen. Was der Autor am meisten fürchtet, ist die Infragestellung des "sowjetischen Modells" in bezug auf die UdSSR und Osteuropa, sowie die Preisgabe der frommen Apologien der UdSSR als Friedensmacht.

Es ist offenkundig, dass Moskau für unmittelbare Zukunft mehr an vorteilhaften, vor allem auf wirtschaftlichen Beziehungen mit den Industrieländern gelegen ist, als am Fortschritt der kommunistischen Parteien. In der Wahl zwischen Giscard d'Estaing und Marchais zögerte Breschnew jedenfalls bei seinem Besuch in Paris nicht.

Und doch ist der Kreml an einer Stärkung der kommunistischen Parteien interessiert, denn sie unterstützen ganz allgemein seine Aussenpolitik. Es ist ihm aber keineswegs gleichgültig, wenn diese Parteien, "nur" um ihre Stellung zu stärken, den Universalcharakter der sogenannten "wissenschaftlichen Gesetze" in Frage stellen oder sogar leugnen, die dem sowjetischen System als ideologischer Unterbau dienen.

Das Unbehagen steigert sich noch, wenn eine kommunistische Partei zur Verbesserung ihres demokratischen "Images" die Innenpolitik der Ostblockländer kritisiert (Antisowjetismus) oder sogar den sozialistischen Charakter ihrer Regimes in Zweifel zieht.

Die Verteidigung der demokratischen Rechte wird als Kritik an den regierenden Rechtsparteien akzeptiert, nur nicht dann, wenn sie zu einem für die UdSSR ungünstigen Vergleich führt. Sollte eine "eurokommunistische" Partei an die Macht gelangen, so wäre es für die UdSSR von Vorteil, wenn deren Einfluss durch andere Parteien ausbalanciert würde. Eine "eurokommunistische" Partei, die dem Vorbild des "Prager Frühlings" zu folgen sucht, müsste Moskau als schwerwiegende Bedrohung erscheinen.

Es verdient hervorgehoben zu werden, dass die französischen und italienischen "Eurokommunisten" in aussenpolitischen Fragen Moskaus Positionen sehr nahe geblieben sind. Die hauptsächlichste Meinungsverschiedenheit, das Verbleiben Italiens im Atlantikpakt, wurde von Berlinguer in den Zusammenhang von Nach-Helsinki und eines, ohne Zweifel etwas voreilig, erwarteten Erfolges der MBFR gestellt. Die Kritiken an der Intervention in der Tschechoslowakei sind immer mehr verblasst. In einer grundlegenden Frage hingegen haben die "Eurokommunisten" dank entschiedenem Auftreten Jugoslawiens und Rumäniens einen beachtlichen Erfolg erzielt, indem der Begriff "proletarischer Internationalismus", jene euphemische Umschreibung der Breschnew-Doktrin, aus dem Abschlussdokument der Konferenz der europäischen kommunistischen Parteien vom Juni 1976 gestrichen wurde. Im übrigen darf die beträchtliche Unterstützung nicht unterschätzt werden, die die grossen westlichen kommunistischen Parteien, durch ihre innenpolitische Propaganda und ihre aussenpolitische Wirksamkeit, der "Friedenpolitik" der Sowjetunion gewähren.

Es bleiben noch einige Worte über die westlichen Reaktionen auf den "Eurokommunismus" sowie die Perspektiven des Eintritts kommunistischer Parteien in die Regierung grosser Mitgliedländer der EG und der Atlantischen Allianz zu sagen. Man findet in diesen Stellungnahmen das Unbehagen angesichts der Integration in den demokratischen Prozess von Parteien, die dessen Legitimität in der Vergangenheit verneint haben und ihn heute nur vermittels eines eigenartigen intellektuellen Seiltanzes zu akzeptieren scheinen können. Die offiziellen Reaktionen, wie diejenigen der Vereinigten Staaten, sind geprägt von einer sehr grossen Vorsicht, denn die Einmischung, die man als selbstverständlich entgegennimmt, wenn sie aus dem Kreml kommt, wird auch in Kreisen, die weit über die kommunistischen Parteien hinausreichen, sehr übel vermerkt. Die Konsequenzen für die grossen Organisationen wie die EG und die NATO sind schwer vorherzusehen. Man kann annehmen, dass sie im Falle einer

- 13 -

einfachen Regierungsbeteiligung der Kommunisten ziemlich beschränkt wären. Insbesondere ist ungewiss, ob dadurch die Chancen Moskaus, in den Besitz militärischer Geheimnisse zu gelangen, gegenüber dem heutigen Zustand so sehr ansteigen würden.

Die wirkliche, heute noch hypothetische Gefahr, wäre anderer Natur. Das weitere Erstarren der kommunistischen Parteien wäre, trotz der von diesen zur Schau getragenen Unabhängigkeit von Moskau, ein Schritt mehr auf das alte, seit Ende des Krieges von der Sowjetunion verfolgte Ziel einer "Finlandisierung" Westeuropas hin.

DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEN VEREINIGTEN STAATEN UND
DER SOWJETUNION

Im diplomatischen Spiel zwischen den beiden Weltmächten, dem Hauptstück der Weltpolitik, werden die Elemente periodisch nach neuen Gesichtspunkten ausgerichtet. Die Gründe dafür sind vielfältig, mit Sicherheit aber hat der Wechsel von einer republikanischen Regierung zu einer demokratischen (oder umgekehrt) immer in dieser Richtung gewirkt. Da die politischen Philosophien Kissingers und Carters sich in manchen Punkten widersprechen, konnte man hier wie anderswo auf eine Berichtigung gefasst sein. Mehr als andere Bereiche wird indessen der heikle Punkt "Zusammenarbeit zwischen den USA und der UdSSR" von sachlichen Zwängen beherrscht, die neuen Initiativen bloss einen relativ geringen Bewegungsraum gewähren. Dazu kommt, dass er in beinahe unlöslichem Zusammenhang mit der Sicherheit der Vereinigten Staaten steht, sowie er in der Sowjetunion direkt an die als antiimperialistisch definierte Staatsidentität rührt. Ausserdem ist er, durch im Laufe der letzten Jahrzehnte gefasste Beschlüsse, weitgehend vorbestimmt worden.

Kissinger hatte die amerikanisch-russischen Beziehungen als Integrationsakt einer revolutionären und potentiell noch expansiven Macht in ein auf Gleichgewicht und Stabilität tendierendes Weltstaatensystem verstanden. Die angewandten Methoden waren die der traditionellen, persönlichen und geheimen Diplomatie, die Mittel bestanden in einer Mischung aus Druck und Versprechen und in der Knüpfung eines engmaschigen Netzes juristisch-politischer Texte. Als seine Hauptwerke galten die Abkommen im Bereich der Sicherheit (Abkommen zur Verhinderung von Nuklearkriegen sowie SALT) und das Handelsabkommen. In dieses Konzept fügte sich auch die Schlussakte von Helsinki ein, obwohl die USA bei ihrer Ausarbeitung bloss eine zurückhaltende Rolle gespielt hatten, wie auch Bundeskanzler Brandts "Ostpolitik" darin Eingang fand.

Die meisten Bausteine der Kissingerschen Architektur sind zwar an ihrem Platz, aber es entsteht doch der Eindruck eines kaum zur Hälfte fertigen Gebäudes. Die "Deklaration der zwölf Prinzipien" von 1972 und das Abkommen zur Verhinderung von Nuklearkriegen von 1973 haben während des Oktoberkriegs nicht die erwarteten Ergebnisse gebracht. Auch seither sind keine Fortschritte erzielt worden und man spricht kaum mehr darüber. Das Handelsabkommen ist im letzten Augenblick gescheitert, und Kissinger ist es auch nicht gelungen, die SALT II - Gespräche bis zu einem Abkommen voranzutreiben. Diesem unvollendeten Werk pflanzte nun Carter seine eigenen Vorstellungen auf. Die Leitidee ist dabei zweifellos die Notwendigkeit einer breiten Abstützung in der öffentlichen Meinung bei allen wichtigen Beschlüssen der Administration. Dies bringt eine zusätzliche Einschränkung zu den schon bestehenden.

Es überrascht nicht, dass die zwei wichtigsten Neuerungen in Carters Politik auf weitverbreitete Besorgnisse in der Öffentlichkeit antworteten, von denen diese den Eindruck hatte, Kissingers Realpolitik habe ihnen zuwenig Rechnung getragen: die Menschenrechte und eine wirkliche Abrüstung. Diese beiden Vorhaben waren in der Wahlkampagne gebührend angekündigt worden. Weder das eine noch das andere konnte den sowjetischen Machthabern verlockend erscheinen. Umso bemerkenswerter ist es, dass diese Carters Wahl günstig aufgenommen haben und dass Breschnew sogar eine symbolische Geste setzte und sich nach Tula begeben hat, wo er in einer an die Zeit der grossen Kriegsallianz erinnernden Umgebung in bezug auf die neue Administration wohlwollende Worte fand.

Offenbar unterschätzte man in Moskau Festigkeit und Beharrlichkeit des neuen Präsidenten in der Verfolgung der angekündigten Ziele. Genugtuung empfand die Sowjetunion dagegen aus einem anderen Grund: Man fand in Carter wieder einen Partner, dessen Mandat durch die normale verfassungsmässige Wahlprozedur legitimiert ist und fähig schien, die Unsicherheiten, die am Ende der Amtszeit Nixons und während jener Fords herrschten, vergessen zu lassen. Vielleicht erblickte man auch im amerikanischen Interesse an einer Unter-

stützung durch das Volk die Chance zu Propagandafeldzügen, wie man sie in der Sowjetunion zu lancieren liebt.

Seit dem Amtsantritt Carters gestalteten sich die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion unbeständig, was aber nicht allein mit der neuen Politik des Präsidenten erklärt werden kann. Nach der durch die ersten amerikanischen Menschenrechtsinitiativen (Brief an Sacharow, Audienz für Bukowski) erzeugten Verblüffung blieb die UdSSR bei einer vorsichtigen, aber festen Haltung. Es wurde eine Linie gezogen, jenseits derer man das politische Handeln als feindselig einstuft: Es ist dies jener Punkt, an dem auf Änderungen im sowjetischen System abgezielt wird.

In Moskau ging man also ursprünglich von der Idee aus, dass die amerikanische Menschenrechtspolitik ein begrenztes, aber erträgliches Uebel sei. Der darauffolgende Schwall amerikanischer Erklärungen, besonders die Rede Präsident Carters vor der UNO mit der weitgefassten Definition dieser Politik, nährten unstreitig die Zweifel, ebenso wie die Unsicherheit mit der sie in bestimmten Fällen angewendet wurden. Die oft sehr kritischen Wertungen in der sowjetischen Presse scheinen aber eher die Ausübung eines gewissen Druckes in anderen Bereichen bezweckt zu haben.

In der Tat hat die UdSSR nicht die Gewohnheit, in für sie sehr wichtigen Verhandlungen wie die SALT fremde und nicht zur Sache gehörende Elemente einzubringen, ausser sie sähe eine Gelegenheit zur Verbesserung ihrer taktischen Stellung. Die Menschenrechtsfrage hat nichts mit den SALT-Gesprächen zu tun, aber der Sowjetunion wird es nun immer möglich sein zu behaupten, jene störte die Atmosphäre. Uebrigens ist es bezeichnend, dass die UdSSR im Anschluss an Carters Rede in Charleston ihre vorher weitgehend negative Wertung etwas abgeschwächt hat.

Die der UdSSR durch die Menschenrechtspolitik gebotenen taktischen Chancen sind in diesem Zusammenhang nicht ihr einziger Nachteil. Sie kann sehr wohl auch die Sowjetunion als eine Art Sammelpunkt für

eine neue Art "Heilige Allianz" hervortreten lassen, der die zahlreichen in Verlegenheit gebrachten Regierungen angehören würden, die nicht dieselben politischen Verteidigungsmöglichkeiten wie eine Grossmacht besitzen. Es ist also nicht verwunderlich, dass die Prawda die Menschenrechtspolitik als "versteckten Versuch des amerikanischen Imperialismus, sich der Rolle der führenden Weltmacht zu versichern" bezeichnet hat.

Dagegen ist es unwahrscheinlich, dass die Menschenrechtspolitik die Schuld an der Kampagne gegen die Dissidenten in der Sowjetunion trägt, die ja schon vor der Amtsübernahme Carters beschlossen worden war. Sie hat höchstens den Kreml in der Idee bestärkt, hart bleiben zu müssen.

Die amerikanische Politik hat nur einen indirekten Bezug zur Tätigkeit der Dissidenten in den übrigen Oststaaten, die von Washington aus nicht gefördert wurde und eher eine Folge der Ausstrahlung der Schlussakte von Helsinki ist. Die nachhaltigste Wirkung aber hat sie zweifelsohne darin gehabt, dass sie dem "Führungsanspruch" des Kremls unversehens einen Stoss versetzt hat und ihn auf einem Gebiet in die Defensive drängte, das Moskau bis vor kurzem etwas unvorsichtig für sich ausgeschlachtet hat (Chile, Spanien).

Das gleiche Gefühl beherrschte bis jetzt die Diskussion über die SALT. Die entrüstete Entgegnung auf die von Vance im März nach Moskau gebrachten Vorschläge (der russischen Regierung zum voraus mitgeteilt), die in bezug auf das "Cruise-Missile" entfaltete Agitation und der Feldzug gegen die Neutronenbombe lassen den Eindruck von Ueberraschungsreaktionen gegenüber einer neuen mutigen und tatkräftigen amerikanischen Politik entstehen. Natürlich ist darin zunächst auch das Missbehagen einer Führungsgruppe zu erblicken, die seit langem an der Macht ist und keine taktische Beweglichkeit mehr aufbringt, ebensowenig wie Willen, sich wie früher an neue Situationen anzupassen. Die Ueberraschung gründet sich auch auf die Kühnheit

Carters, der im Bereich der Abrüstung Ziele verfolgt, die zugleich ehrgeiziger sind, als jene seines Vorgängers und denen ein Propagandawert nicht abgestritten werden kann (Verminderung der atomaren Träger), und der gleichzeitig für den Fall des Scheiterns seiner Vorschläge mit Entschiedenheit Programme vorantreiben lässt, die auf einer weit moderneren Technologie beruhen als die der UdSSR.

Sowohl im Bereiche der Menschenrechte als auch in demjenigen der Abrüstung liegt die sichtbare Quelle der Politik Carters in den Verpflichtungen ethischen Charakters, die er gegenüber seinen Wählern eingegangen ist. Man kommt indessen nicht darum herum, darin auch den Ausdruck einer Strategie und Taktik zu sehen, die weit offensiver ist, als jene Kissingers. Dieser sah in den Vereinigten Staaten eine Macht, die vor allem an der Aufrechterhaltung des status quo interessiert sei, und versuchte, den als revolutionär eingestuften sowjetischen Staat zu veranlassen, diese seine Hauptsorge zu teilen. Er übertrug so die Philosophie der republikanischen Partei auf die Aussenpolitik. Carter, der sich, wie man weiss, keinen seiner demokratischen Vorgänger zum Vorbild genommen hat, ist dennoch der Erbe der Tradition seiner Partei. Die Konzeption der Menschenrechte wie sie von ihm selbst als auch von seinen Mitarbeitern Vance und Young entwickelt wurde, erinnert an die berühmte, in der Zwischenzeit etwas in Vergessenheit geratene Theorie der "vier Freiheiten" von Franklin D. Roosevelt. Die Vereinigten Staaten präsentieren sich erneut als fortschrittliche Kraft.

Dieser wichtige Unterschied, der sich übrigens mehr in der allgemeinen Ausrichtung als in der täglichen, durch die genannten Sachzwänge eingeengten Politik zeigt, erklärt allein noch nicht die Veränderungen in den Methoden der Regierung. Es ist offensichtlich, dass sie auch den Konzeptionen von Zbigniew Brzezinski, einem der engsten Berater des Präsidenten, entsprechen. Dieser, der während der Wahlkampagne an vorderster Front stand, zeigt sich viel zurückhaltender seit er ins Weisse Haus eingezogen ist und den vor ihm von

Mc George Bundy, W.W. Rostow und Henry Kissinger innegehaltenen Posten übernommen hat. Zweifelsohne hat er aber eine gewichtige Rolle bei der Ausarbeitung des Globalrahmens der Politik gespielt, und es ist nicht schwierig, unter den Optionen, die den sowjetischen Führern unterbreitet werden, gewisse seiner Lieblingsideen zu erkennen. Als Emigrant aus der Sicherheitszone, die die UdSSR unter Missachtung der Prinzipien der Souveränität und der Nichteinmischung um ihr Territorium herum geschaffen hat, ist er, im Gegensatz zu Kissinger, weit weniger geneigt, die vom Kreml als normal angesehenen "dialektische" Interpretation der Regeln der Völkergemeinschaft resignierend zu akzeptieren. Er ist weniger vom revolutionären Charakter der UdSSR, als vielmehr von deren Konservatismus und von dem aus dem Mangel an demokratischer Legitimation resultierenden Schwächegefühl ihrer Führer beeindruckt. Er empfindet auch nicht mehr den Respekt seines Vorgängers für die traditionelle Diplomatie, die er in der "technotronische Aera" als überholt betrachtet. Den Subtilitäten Metternichs scheint er die direkte Sprache des amerikanischen "businessman", weil der Epoche des Erwachens der Massen besser angepasst, vorzuziehen.

Was diesen letzten Punkt betrifft, ist dennoch zu beachten, dass sich Präsident Carter und Vance bei der Formulierung ihrer Vorschläge immer einer gemässigten Sprache bedienten und jede Polemik gegenüber der UdSSR vermieden haben. Brzezinski selbst hat sich, wie gesagt, bislang noch nicht öffentlich geäußert, obschon kein Zweifel über die Bedeutung seiner Rolle besteht.

Neben den Fragen der Menschenrechte und der Abrüstung sind die übrigen Bereiche der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen im Hintergrund geblieben. Dies ist insbesondere im Hinblick auf Afrika bemerkenswert, wo die beiden Grossmächte ausgesprochen aktiv sind, ohne bislang allerdings weder zusammengearbeitet noch die Klängen gekreuzt zu haben.

Im südlichen Afrika entfaltet sich die amerikanische Tätigkeit auf der diplomatischen Ebene, während die UdSSR ihre Waffenlieferungen an die Befreiungsbewegungen fortsetzt. Im östlichen Afrika scheinen die Machenschaften der UdSSR zur Ausdehnung ihres Einflusses auf Aethiopien unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung ihrer Geltung in Somalia kurz vor einem totalen Misserfolg zu stehen. Die Vereinigten Staaten haben Somalia militärische Hilfe angeboten, ohne dass dadurch aber der grundsätzliche Charakter des Konfliktes im Ogaden geändert worden wäre: er bleibt ein direkter Zusammenstoß zwischen zwei sowjetischen Schützlingen. Die letzte Chance der UdSSR, die nach anfänglichem Zögern nun entschlossener Aethiopien zu unterstützen scheint, besteht in einer kollektiven afrikanischen Intervention zur Vermeidung einer Aufspaltung Aethiopiens nach Stammesgrenzen, was ein Präzedenzfall mit schwerwiegenden Konsequenzen für den Rest des Kontinents bedeuten würde. Indem sie Oberst Mengistu in seiner extremen Haltung bestärkte, hat die UdSSR einen gewichtigen Anteil Verantwortung an einem derartigen Ergebnis übernommen.

Im Nahen Osten spielt die UdSSR für den Augenblick eine unbedeutende Rolle. Das gegenwärtige Problem besteht darin, Israel, und besonders seine neue Regierung, dazu zu bringen, die geschickt ausgewogene Lösung, deren Grundzüge Präsident Carter noch und noch dargelegt hat, zu akzeptieren. Die UdSSR stellt durch ihren Einfluss auf die PLO eine gewisse "nuisance value" dar.

Die Bilanz ist für den Kreml auch hier einstweilen nicht sehr erfreulich. Man verwundert sich daher nicht, dass die sichtbare Verschlechterung des Gesundheitszustandes von Breschnew nach dem überstürzten Abgang Podgornys zu Spekulationen hinsichtlich eines Wechsels an der sowjetischen Machtspitze Anlass gegeben hat. Die Ablösung wird sich schwierig gestalten. Die engsten Mitarbeiter Breschnews und insbesondere Kirilenko, der allgemein als wahrscheinlicher Nachfolger angesehen wird, sind nur wenig jünger oder gar älter als der Generalsekretär. Sie gehören bis auf zwei oder drei Ausnahmen alle jener

Generation an, die Stalin 1936-1938 heranzog, um die durch die grosse "Säuberung" beseitigten "Bolschewisten" zu ersetzen. Damit wird also eine historische Epoche ihrem Ende entgegen gehen, während sich die UdSSR mit schwerwiegenden Anpassungsproblemen an die moderne Welt konfrontiert sieht. Es erscheint ganz dem Stil der an der Macht befindlichen Personen zu entsprechen, dass die Entscheidung ein weiteres Mal hinausgezögert wird.

Die Gefahr eines Rückfalles in den kalten Krieg erscheint jedenfalls nicht akut. Man wird im Osten nicht müde zu wiederholen, dass er negative Folgen auf beiden Seiten hätte. Die Erfahrungen der fünfziger Jahre und die Auswirkungen des Rüstungswettlaufes auf eine, dannzumal wie heute, im Vergleich zu den westlichen Staaten schwächere Wirtschaft sind aber nicht in Vergessenheit geraten.

EUROPAEISCHE INTEGRATION

Die europäische Integration ist ein Produkt des letzten Weltkrieges. Die Prinzipien der internationalen Gemeinschaft, die schon das zweite Mal innerhalb von 25 Jahren den brudermörderischen Kampf zwischen den Völkern des alten Kontinents nicht zu verhindern vermochten, wurden als überholt betrachtet. Nach sechs Jahren des Hasses und des Schreckens erschien die blosserückkehr zur argwöhnischen Koexistenz der Vorkriegszeit unmöglich. Ein neuer Rahmen, weiter als derjenige des Nationalstaates und nicht einer der durch die unbestimmte Geschichte geschaffenen Grenzen, sondern einem starken Gefühl der Zugehörigkeit zu ein und derselben europäischen Zivilisation entsprach, sollte die Gefahr zukünftiger Konflikte beseitigen und die europäischen Nationen zum Wohlstand führen.

Das Kernstück dieser Politik war die Versöhnung zwischen den "Erzfeinden" Frankreich und Deutschland und ihr Ziel die Vereinigten Staaten von Europa entsprechend dem Vorbild der grossen demokratischen Befreiungsmacht. Die im Osten erblickte Bedrohung verlieh dem Unternehmen den gewollten Anstrich von "Realpolitik".

In der Verwirrung der Nachkriegsjahre, als das Bündnis der Alliierten auseinanderbrach, ohne dass die zentralen Probleme des Friedens eine Lösung gefunden hätten, tauchte aus dem Erfordernis einer französisch-deutschen Zusammenarbeit und der Notwendigkeit, die Ruhr, Waffenarsenal der deutschen Macht, in ein grösseres Ganzes einzubeziehen, die Idee der europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl auf.

Es ist zu einfach, heute erklären zu wollen, warum sich diese grossen Träume nicht verwirklicht haben, warum die europäische Verteidigungsgemeinschaft, die man als erste Etappe des Einigungszweckes gedacht hatte, der weniger anspruchsvollen europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Platz machen musste. Aber auch diese sollte durch

ihre blosse Existenz den politischen Fusionsprozess der souveränen Staaten in Gang setzen.

Der Römervertrag hatte also eine doppelte Bedeutung: Die Schaffung eines grossen "gemeinsamen Marktes" und ein Schritt auf die "Föderation" zu. Man kann demzufolge die erzielten Ergebnisse auf zwei Arten beurteilen: einerseits indem man die anlässlich der Vertragsunterzeichnung eingegangenen Verpflichtungen mit dem heute Erreichten vergleicht, und andererseits indem man sich fragt, was aus den sogenannten "finalités politiques" des Vertrages (niederlegt in einem Abschnitt der Präambel) geworden ist, die letztlich dessen ideales Ziel darstellten.

Wir wollen gleich vorab festhalten, dass die juristischen Verpflichtungen des Vertrags eingehalten wurden (mit einigen bezeichnenden Modifikationen hinsichtlich des Entscheidungsprozesses). Die Zollunion ist seit dem 1. Januar 1970 verwirklicht, die Agrargemeinschaft wurde errichtet (und schafft genau die Art von Schwierigkeiten, die die klassische Nationalökonomie vorauszusehen erlaubte), der gemeinsame Markt hat den freien Verkehr der Produktionsfaktoren, der Waren und Dienstleistungen, die gleiche Behandlung der Arbeitskräfte, die Anwendung des Gemeinschaftsrechts, eingeschlossen, dessen Vorrang vor dem nationalen Recht, und schliesslich das Zustandekommen einer gemeinsamen Handelspolitik (zum Beispiel anlässlich der Kennedy Runde) mit sich gebracht.

Das zweite Ziel blieb ein Ideal bei dem man sich heute mit Recht fragen kann, ob sich die politischen Organe der Gemeinschaft seiner immer noch bewusst sind. Immerhin verdient hervorgehoben zu werden, dass vornehmlich in der Koordinierung der Aussenpolitik, in der Wissenschafts- und Forschungspolitik und mit den Abkommen von Lomé auch in der Entwicklungspolitik zugunsten der Dritten Welt Ergebnisse erzielt worden sind.

Selbst die reduzierte Konzeption der europäischen Integration hatte anfangs nur sechs Staaten zusammengebracht. Die Schweiz insbesondere war nicht in der Lage, ihre überlieferte, dem Volkswillen entsprechende Unabhängigkeits- und Neutralitätspolitik dem neuen Gebilde zu opfern. Ganze 15 Jahre vergingen bis zum Beitritt Grossbritanniens und zweier anderer Länder.

Die Verwirklichung der Zollunion und des grossen Freihandelsraums forderte eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik, wenn möglich mit einer gemeinsamen Währung. Die Durchführung dieses im Plan Werner konkretisierten Projekts stiess auf die Grenzen des Nationalstaats als einer fest verankerten Grösse der Realpolitik, welche die ersten enthusiastischen Vertreter der europäischen Idee noch zu überwinden gehofft hatten.

Kaum mehr Erfolg hatte ein institutioneller Versuch, der Gemeinschaft den im Brüsseler Betrieb scheinbar verlorengegangenen Schwung wieder zu geben: die periodische Zusammenkunft der Staats- und Regierungschefs als Europäischer Rat.

Diese institutionellen Versuche waren eher enttäuschend. Ein eindeutiger Misserfolg war auch eine der Hauptinitiativen des Rats, nämlich die dem belgischen Premier Leo Tindemans übertragene Aufgabe, einen Bericht über die Entwicklungsmöglichkeiten der EG auszuarbeiten. Aus dem Bericht spricht zunächst eine gewisse unter den Partnerländern herrschende Desillusion über die europäische Idee. Selbst die darin enthaltenen Vorschläge besitzen einen ernüchternden Akzent. Einerseits verlangt er einen "qualitativen Wandel durch die Entwicklung von Gemeinschaftspolitiken auf neuen Gebieten und die Gewährung neuer Kompetenzen an die europäischen Behörden, einen Wandel in dem er die Rettung der Gemeinschaft erblickt. Andererseits gibt er die Schwierigkeiten gewisser Mitgliedstaaten zu und schlägt eine wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinschaft in "zwei Gängen" vor.

Der Bericht Tindemans wurde nicht besonders gut aufgenommen. Die Mitglieder suchen momentan, unter den Bedingungen einer harten wirtschaftlichen Rezession, das Beste aus dem Römer Vertrag zu ziehen. In der jetzigen Krise hält die EG eher etwas zurück und sucht das bisher Erreichte zu sichern. Diese Haltung drückte sich auch in der Aufnahme der neuen Beitrittsgesuche Spaniens, Griechenlands und Portugals und in den etwas besorgten Äusserungen über die nachteiligen Folgen einer eventuellen Erweiterung aus.

Dies soll uns nicht an der Frage nach Bedeutung und Wichtigkeit, auch anderer europäischer Organismen, im gegenwärtigen politischen Zusammenhang, vor allem für unser Land, hindern.

Der letzte Weltkrieg machte den weiten Raum der alten europäischen Zivilisation zu einem einfachen "Anhängsel Asiens". Die Bewohner dieses kleinen Gebietes sind ihrer überlieferten Unabhängigkeit, ja dem Partikularismus treu geblieben.

Diese Tradition macht die Mannigfaltigkeit, die Farbigkeit und den Reichtum der europäischen Zivilisation aus; sie war aber auch die Ursache blutiger Konflikte, die Europa schlussendlich in die Abhängigkeit von auswärtigen Mächten brachte. Der Versuch, in einem demokratischen Rahmen die ehemalige Zerrissenheit zu überwinden und durch eine enge Zusammenarbeit zu ersetzen, war in sich schon ein positives Ziel. Die Bedeutung, die einer solchen Union für die europäische Unabhängigkeit zukam, wurde obendrein durch die entschlossene Feindseligkeit unterstrichen, mit der ihr die UdSSR von Anfang an begegnete.

Als Beitrag zur Befriedung und zum Gleichgewicht Europas hatte (und hat) die EG für unser Land einen sehr positiven Aspekt, und wir sind darum an ihrem Gedeihen und ihrer Weiterentwicklung interessiert. Wir sind daran auch als Partner der Gemeinschaft interessiert, denn die Erfahrung hat gezeigt, dass es am leichtesten ist, zu einem Vertragsabschluss mit ihr zu kommen, wenn die Gemeinschaft

stark und einig ist. Schliesslich sind wir daran interessiert aufgrund des beachtlichen Austausches, den wir mit ihren Mitgliedern pflegen.

Die Errichtung einer grossen Organisation dieser Art bringt indessen auch gewisse Nachteile mit sich, vor allem für einen Nachbarn. Die blosse Existenz des gemeinsamen Marktes birgt die Tendenz in sich, gewissen Partnern Europas, besonders den Vereinigten Staaten, die Tatsache zu verschleiern, dass er nur für einen Teil unseres Kontinentes spricht. Die getroffenen Entscheidungen, beispielsweise im Bereiche der Rechtsharmonisierung, wirken sich aufgrund des blossen Gewichtes, das der EG zukommt, auch ausserhalb ihrer Grenzen auf Staaten aus, die, wie wir, nicht an der Ausarbeitung der betreffenden Regeln mitgewirkt haben. Schliesslich kann man nicht von vornherein für eine ferne Zukunft die Idee der Umformung der Gemeinschaft in einen von politischem Dynamismus bewegten und eventuell für die andern europäischen Staaten problematischen Block von sich weisen.

Wir haben, wie auch unsere EFTA-Partner, besonders im jetzigen Zeitpunkt von der europäischen Integration profitiert. Der EFTA-Gipfel in Wien vom vergangenen Mai, der die Ausweitung des Freihandelssystems auf sechzehn Länder begrüsst, gab Gelegenheit zum Austausch freundlicher und vollkommen ehrlicher Gespräche zwischen beiden Organisationen.

Schliesslich gab eine der vom Europäischen Rat beschlossenen konkreten Massnahmen, die Direktwahl des Europäischen Parlaments, Anlass zu heftigen Auseinandersetzungen in Frankreich und Grossbritannien. Von dieser Wahl, die den Beginn einer verfassungsmässigen Entwicklung markieren könnte, erhofft man sich eine Stützung der EG in der öffentlichen Meinung der einzelnen Länder. Sofern sie überhaupt stattfindet, wird sie in eine Periode der Unsicherheit und des Zweifels über die Zukunft der Gemeinschaft fallen. Es ist unsicher, ob sie zur Ueberwindung dieser Schwierigkeiten wird beitragen können.

Die Zukunft der Gemeinschaft wird vor allem vom Mut und der Beharrlichkeit der Regierungen der Mitgliedsländer abhängen, von einer Beharrlichkeit, mit der die Staaten trotz der Schwierigkeiten sich an die Leitideen der Gemeinschaft halten können: den freien Verkehr von Personen und Gütern.